



D V
P W

DIFIS Deutsches Institut für
Interdisziplinäre
Sozialpolitikforschung
vernetzen · forschen · beraten

Call for abstracts

Der AK Wohlfahrtsstaatsforschung der DVPW lädt herzlich ein zur Einreichung von abstracts für die Tagung **Umkämpfte Wohlfahrt – umkämpfte Demokratie** am **25./26. Februar 2027** an der FH Potsdam (organisiert von Thorsten Schlee, Oussama Meftha und Agnes Blome).

Demokratie und Wohlfahrtsstaat zählen zu den zentralen Selbstbeschreibungsformeln moderner Gesellschaften. Beide stehen jedoch unter erheblichem Transformationsdruck: Demokratien sehen sich mit wachsender Polarisierung, autoritären Tendenzen und einer Erosion rechtsstaatlicher Prinzipien konfrontiert. Zugleich geraten wohlfahrtsstaatliche Arrangements angesichts von Finanzierungsfragen, Legitimationsproblemen und sozialen Ungleichheiten zunehmend in die Krise. Die Tagung widmet sich den vielfältigen Beziehungen zwischen Demokratie und Wohlfahrtsstaat aus theoretischer, empirischer und normativer Perspektive. Ziel ist es, wohlfahrtsstaatliche Programmatik und demokratische Politik auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Hinsichten in Kontakt zu bringen. Insbesondere laden wir Beiträge ein zu folgenden Themenblöcken:

1. Demokratie und Wohlfahrtsstaat: Konzepte, Normen, Entwicklungslinien

Lange wurde das Verhältnis von Demokratie und Wohlfahrtsstaat im Rahmen eines Fortschrittsnarrativs verstanden: Der Ausbau demokratischer Rechte ging mit der Erweiterung sozialstaatlicher Sicherungssysteme einher. Sozialstaat und Demokratie stützten sich dabei gegenseitig. Gegenwärtig verliert das Fortschrittsnarrativ jedoch an Plausibilität. Prozesse der sozialen Ungleichheit, Exklusion und Stratifizierung sozialer Rechte werfen neue Fragen nach den normativen Grundlagen von Demokratie und Wohlfahrt auf. Aussagen über ein Wechselverhältnis erfordern ein präzises Wissen über Wesen, Wert und Form der Demokratie wie auch über normatives Framing, Funktionalität und Wirkrichtung von Sozialpolitik.

Mögliche Fragestellungen:

- Welche theoretischen und normativen Perspektiven prägen gegenwärtige Analysen des Verhältnisses von Demokratie und Wohlfahrtsstaat?
- Welche empirischen Einsichten ermöglichen unterschiedliche demokratietheoretische und sozialpolitische Ansätze sowie deren Verbindung?
- Wie verändern sich wohlfahrtsstaatliche Leitbilder und Begründungsmuster? Wie spiegelt sich das Verhältnis von Demokratie und Wohlfahrt in sozialpolitischen Programmen wider?
- Welchen Stellenwert nehmen Fragen von Demokratie und Mitbestimmung in sozialpolitischen Maßnahmen und Reformen ein? Welche Veränderungen und neuen Wertsetzungen lassen sich dabei feststellen?

2. Repräsentation, Teilhabe und Interessenartikulation

Wohlfahrtsstaatliche Politiken befinden sich zunehmend in einer defensiven Position. Während soziale Sicherungssysteme unter Druck geraten, zeigen sich zugleich deutliche Ungleichheiten politischer Partizipation und Repräsentation. Insbesondere marginalisierte Gruppen und Personen ohne volle staatsbürgerliche Rechte sind häufig von politischer Mitbestimmung und sozialer Absicherung ausgeschlossen. Umgekehrt orientieren sich sozialpolitische Programme und Reformvorschläge auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems am Wahlvolk und dessen Interessenartikulationen. Die privilegierte Adressierung des nationalen, gebildeten und wohlhabende(re)n Wählerpublikums gewinnt dadurch politische Plausibilität.

- Unter welchen Bedingungen gelingt die politische Organisation und Interessenartikulation marginalisierter Gruppen?
- Wie unterscheiden sich sozialpolitische Felder hinsichtlich der Repräsentation marginalisierter Gruppen und welche Potenziale für neue politische Koalitionen bestehen in unterschiedlichen Feldern sozialer Sicherung?
- Welche Bedeutung gewinnen national-exklusive und wohlfahrtschauvinistische Positionen in europäischen Wohlfahrtsstaaten?

3. Demokratie und Wohlfahrtsproduktion– demokratische Wohlfahrtsproduktion

Seit den 1970er Jahren werden sozialstaatlichen Institutionen Demokratiedefizite und paternalistische Strukturen vorgeworfen. Forderungen nach Partizipation und einer stärkeren Einbindung von Nutzer*innen sozialer Dienstleistungen wurden laut und vielfach mit aktivierungspolitischen Reformen verknüpft. „Das Ehrenamt“, „zivilgesellschaftliches Engagement“, Figuren wie das „aktive Altern“ und Semantiken der Teilhabeförderung gewinnen an programmatischem Gewicht und führen mithin zu einer „Verzivilgesellschaftlichung der sozialen Frage“. Gleichzeitig werden Vermarktlichung, Prekarisierung und bürokratische Hürden zur Inanspruchnahme sozialer Rechte (z. B. beim Zugang zum SGB II, zum Kinder- und Elterngeld) mit neuen Formen sozialer Ungleichheit und Exklusion in Verbindung gebracht.

- Wie und unter welchen Bedingungen werden Nutzer*innen in unterschiedlichen sozialpolitischen Bereichen in die Gestaltung sozialer Leistungen einbezogen?
- Wie wirken sich die Vermarktlichung sozialer Dienstleistungen und die veränderte Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure auf Wohlfahrtsproduktion und Teilhabe aus?
- Welche Modelle und Praktiken können administrative Hürden und Ausschlüsse beim Zugang zu sozialen Leistungen reduzieren?
- Welche Faktoren fördern erfolgreiche Mobilisierung, Selbstorganisation und partizipative Wohlfahrtsproduktion?

Willkommen sind sowohl **theoretische Beiträge wie auch quantitative, qualitative, mixed methods oder vergleichende empirische Analysen**, die diese oder weitere Aspekte von Demokratie und Wohlfahrtsstaatlichkeit aufgreifen. Möglich sind sowohl englisch- wie deutschsprachige Beiträge. Bitte senden Sie Ihr **abstract (250 Wörter) bis zum 31.10.2026** an Oussama Meftha (omeftha@uni-bremen.de). Wir senden Zu- und Absagen bis zum 15.11.

Mit keynotes von **Silke van Dyk** und **Frank Nullmeier**!